



Niederschrift

11. Plenarsitzung des Gemeinderates

30. Juni 2020, 15:30 Uhr

öffentlich

Gartenhalle, Kongresszentrum

Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

12.

Punkt 9 der Tagesordnung: Anforderungen zur Umsetzung der Klimaneutralität in Bauleitplanungen sowie Verträgen der Stadt Karlsruhe

Vorlage: 2020/0643

dazu:

Klimaneutrale Bauleitplanung

Ergänzungsantrag: DIE LINKE.

Vorlage: 2020/0814

Anforderungen zur Umsetzung der Klimaneutralität in Bauleitplanungen sowie Verträgen der Stadt Karlsruhe

Ergänzungsantrag: CDU

Vorlage: 2020/0815

Anforderungen zur Umsetzung der Klimaneutralität in Bauleitplanungen sowie Verträgen der Stadt Karlsruhe ohne Versteuerung und Zwang

Änderungsantrag: FDP

Vorlage: 2020/0816

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt:

1. Käuferinnen und Käufer städtischer Grundstücke sowie sonstige Vertragspartnerinnen und –partner in vertraglichen Vereinbarungen (Grundstückskaufvertrag, städtebaulicher Vertrag oder Durchführungsvertrag) werden verpflichtet,
 - bei Wohngebäuden als Mindeststandard den KfW-Effizienzhaus 40 und bei Nichtwohngebäuden mindestens den Standard KfW-Effizienzhaus 55 einzuhalten,
 - einen Primärenergiefaktor für Gebäude von 0,3 für Wohngebäude nicht zu überschreiten,
 - reine Produktionsgebäude sind von diesen Regelungen ausgenommen aber haben ein Gesamtenergiekonzept vorzulegen, in dem der KfW55-Standard angestrebt wird und
 - die Dachflächen von Wohn- und Nichtwohngebäuden sind soweit als möglich mit Photovoltaik zu belegen.

2. Bei der Aufstellung von Bebauungsplänen wirkt die Verwaltung darauf hin, dass klimarelevante Regelungen soweit möglich in die Bebauungspläne integriert werden.
3. Der aufgezeigte Ressourcenbedarf wird als Voraussetzung für die Umsetzung dieses Beschlusses gewertet. Die entsprechenden Ressourcen sind von den jeweiligen Fachdienststellen auf dem üblichen Verfahrensweg im Stellenplan und Haushaltsentwurf anzumelden.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Anforderungen der Öffentlichkeit bekannt zu geben und im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit darauf hinzuweisen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage: Bei 31 Ja-Stimmen und 16 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Ergänzungsantrag DIE LINKE.: Bei 3 Ja-Stimmen und 44 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Ergänzungsantrag CDU: Bei 16 Ja-Stimmen, 28 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt

Änderungsantrag FDP: Bei 16 Ja-Stimmen und 33 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 9 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und im Planungsausschuss:

Ich möchte darauf hinweisen, dass alle Stellungnahmen zu den verschiedenen Anträgen im Netz zu finden sind. Wir werden die jetzt hier nicht mehr verteilen. Das schaffen wir nicht. Sie können sie im Netz abrufen, herunterladen und dort einsehen.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Wir GRÜNE begrüßen diese Vorlage zur Klimaneutralität in der Bauleitplanung sowie Verträgen der Stadt Karlsruhe. Hierbei handelt es sich um einen wesentlichen Baustein zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt. Wir freuen uns, dass die Verwaltung umgehend in die Realisierung des Klimaschutzkonzeptes eingestiegen ist. Das ist gut so. Denn es ist höchste Zeit. Das hat das Umweltgutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen von diesem Mai noch einmal sehr eindringlich deutlich gemacht. Der Rat hat sehr klar und nachvollziehbar herausgearbeitet, dass wir in Deutschland 6,7 Mrd. Tonnen CO₂ emittieren dürfen, um das Pariser Ziel einzuhalten. Wenn wir nichts unternehmen, wäre dieses Budget bereits 2029 aufgebraucht. Wenn wir von nun an die Menge an Emission linear reduzieren, dann zeigt sich, dass wir in Deutschland ungefähr 2038 klimaneutral sein müssen. Das ist nicht in ferner Zukunft, das ist nicht übermorgen, das ist morgen.

Es ist also gut, dass diese Vorlage heute hier ist, da wirklich Grund zu beherztem Handeln besteht. Außerdem müssen wir uns immer bewusst machen, die Gebäude, die wir heute bauen, stehen für Jahrzehnte. Die Infrastrukturen prägen unseren Energiebedarf. Hier dürfen wir nicht weitere Emissionen für lange Zeit festschreiben. Daher ist es auch nicht sinnvoll, eine weitere Prüfschleife einzuziehen, wie Sie es fordern, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Wir müssen jetzt handeln. Wir werden daher Ihrem Ergänzungsantrag nicht zustimmen können. Auch Ihrem Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, werden wir nicht zustimmen. Der Bund, das Land, die Kommune haben seit Jahren, ja seit Jahrzehnten versucht, mit Förder-

maßnahmen die Erreichung der hohen Standards zu animieren. Es hat nicht funktioniert. Es ist gut, dass die Stadtverwaltung mit dem Rückgriff auf KfW-Standards einen pragmatischen Ansatz gewählt hat. Das hält die Verwaltungskosten gering. Schließlich ist es auch gut, dass in der Vorlage gezeigt wird, dass klimaneutrales Bauen nicht teurer sein muss als herkömmliches Bauen. Bauherrinnen und Bauherren werden also nicht überfordert. Der Zeitdruck ist immens groß. Wir benötigen klare Rahmenbedingungen für alle Bauherren und Bauherrinnen.

Das Für und Wider wurde in der Vorlage hinreichend gut beschrieben. Wir GRÜNE werden daher alles in unserer Kraft Stehende tun, damit die Regelungen der Stadt, Klimaneutralität umzusetzen, soweit es irgendwie im gesetzlichen Rahmen möglich ist, geschieht. Dafür lohnt es sich zu kämpfen und vielleicht auch einmal vor Gericht eine Anfechtung eines Bebauungsplans zu sehen. Sie können gewiss sein, wir GRÜNE stehen dafür, dass der Klimaschutz und das Wohl der kommenden Generationen beim Bauen zentral in unserem Fokus stehen werden.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Das Beste an dieser Verwaltungsvorlage sind die drei Änderungsanträge.

(Vereinzelter Beifall)

Der Änderungsantrag der LINKE. - da werden Sie sich vielleicht wundern, dass ich den auch aufführe - hat Bedeutung dafür, dass Sie sehr klar aufzeigen, wer die Zeche bei diesem Thema zu zahlen haben wird. Ihr Interesse, das Sie mit diesem Antrag bekunden, zeigt, wer es zahlen soll. Bei gleichem Thema vergessen Sie, dass wir noch ein anderes Thema haben, nämlich, dass wir bezahlbaren Wohnraum schaffen müssen. Da stehen wir mit dem Rücken zur Wand. Es ist keine kleine Nebensächlichkeit. Wir müssen Klimawandel und bezahlbaren Wohnraum stemmen.

Der zweitbeste Änderungsantrag ist der von der FDP, der es relativ gut auf einen Nenner bringt. Statt sollen, müssen, verpflichten sagen Sie beraten, animieren.

Der beste Änderungsantrag ist natürlich der meiner Fraktion. Das muss ich hier vermerken. Das ist nämlich

1. Wir brauchen für Karlsruhe Modellrechnungen und nicht irgendwelche Hamburger Studien. Ich habe wohl gelesen, was vor wenigen Sekunden über meinen Bildschirm ging. Aber ich will die konkreten Rechnungen sehen. Sie müssen die Bauherren hier konkret überzeugen und nicht mit irgendwelchen theoretischen Rechenmodellen.
2. Sie unterstellen ein Verhalten des Aufsichtsrats der Volkswohnung. Da bin ich jetzt gespannt. Das geht so nicht. Der Aufsichtsrat der Volkswohnung hat nämlich das Ziel, dem bezahlbaren Wohnraum gerecht zu werden. Soweit ich mich erinnere, geht es da um ganz harte Fakten und Zahlen, wie wir dieses Ziel bewältigen.
3. Der Zentrale Juristische Dienst soll das noch einmal genau anschauen. Denn wir handeln uns, Frau Bürgermeisterin, möglicherweise eine Klagefreudigkeit ein, wenn es um neue Bebauungspläne geht. So einfach würde ich es mir nicht machen.

4. Sie haben auch die Frage nach dem Personalbedarf nicht so richtig beantwortet in der elektronischen Auskunft. Aber ich will Ihnen eines sagen: Ich würde im Sinne der FDP jeden Aufwand an Personal in die Beratung stecken und nicht in Gängelei.

Stadtrat Zeh (SPD): Wir haben erst im April mit überwältigender Mehrheit hier im Haus das Klimaschutzkonzept beschlossen. Da waren auch diese beiden Parteien, die LINKE. und die CDU mit dabei. Jetzt haben Sie wohl Angst vor Ihrem eigenen Mut von damals. Es ist klar, dass Klimaschutz Geld kostet. Wir als SPD stehen dahinter, dass man das Klimaschutzkonzept auch umsetzt. Ein KfW-40-Gebäude kostet etwas mehr. Es wird besser gedämmt. Aber die Mieter und Eigentümer sparen danach erhebliche Heizkosten. Wir müssen den Energieverbrauch senken. Es müssen derartige Baumaßnahmen da sein. Deshalb begrüßen wir, dass es bei eigenen Grundstücksverkäufen festgeschrieben wird, aber dass auch der ZJD entsprechend in die Bebauungspläne ähnliche Regelungen aufnimmt.

Deshalb verstehe ich nicht, warum die Parteien der CDU und der LINKE. so Angst haben. Selbstverständlich muss man solche Auswirkungen auch betrachten. Liebe LINKE., es kann nicht sein, dass dann die Stadt permanent das Geld zuschießt. Auch da muss Verantwortung gezeigt werden von denjenigen, die etwas machen. Selbstverständlich müssen wir auf die Mietpreise Acht geben. Aber ich glaube, dass die Miete anschließend deutlich niedrigere Nebenkosten haben wird.

Nun zum anderen, Photovoltaik in der Stadt Karlsruhe. Dass wir eine Sonnenstadt sind, nicht nur vom Bauplan her, sondern auch von den Sonnenscheinstunden, ist bekannt. Da, liebe Liberalen, gäbe genügend Möglichkeiten. Die Stadtverwaltung war auch bei Photovoltaik schon sehr aktiv, dass mehr umgesetzt wird. Aber es kommen trotzdem zu wenig Photovoltaikanlagen. Das liberale Prinzip geht eben nicht, dass man immer alles dem freien Willen der Bürger überlassen kann. Auch hier gab es genügend Fördermöglichkeiten. Die Anstöße sind da. Es muss möglicherweise eine rechtlich verbindliche Anforderung geben. Weitere Mehrkosten stehen in der Vorlage. Es kostet Arbeitskapazität, es kostet Stellen. Auch da müssen wir dementsprechend schauen, dass wir Klimaneutralität in den Bebauungsplänen erreichen. Die SPD stimmt der Vorlage der Verwaltung zu und lehnt die Änderungsanträge ab.

Stadtrat Høyem (FDP): Bezahlbare Wohnungen, das hören wir besonders von den GRÜNEN, der SPD und den LINKE. in jedem Wahlkampf. Bürokratieabbau hören wir in jedem Wahlkampf besonders von uns Liberalen und der CDU. Im Landtag diskutiert man, ob es nicht möglich wäre, die LBO, die Landesbauordnung, mit den vielen detaillierten Baubedingungen zu vereinfachen. Diese Beschlussvorlage ist revolutionär. Bauen wird teurer, auch wenn die Vorlage versucht, diese Realität zu verneinen oder zu vermindern. Dazu muss man unsichere Förderzuschüsse mitrechnen und mehrere, vielbeachtete Studien interpretieren. Bauen wird bürokratischer. Allein um diese Bürokratie zu meistern, ein personeller Aufwand, verlangt die Verwaltung wie heute in nahezu jeder Vorlage viele neue Stellen. Die Extrakosten für die Bauherren sind von den Bauherren zu tragen. Bauen wird auch durch das Liegenschaftsamt detailliert kontrolliert.

Teurere Wohnungen, mehr Bürokratie, sind ein Teil dieser Beschlussvorlage. Dazu kommt, dass ein wichtiger Teil dieser Vorlage, nämlich die Zwangsphotovoltaikanlage oder zumindest der Zwangsbetrieb von Photovoltaikanlagen, ich zitiere: Ist aus juristischer Sicht gegenwärtig nicht geklärt. Was ist jetzt der Anlass für diese revolutionäre Beschlussvorlage? Der Anlass ist der

Maßnahmenkatalog des Klimaschutzkonzeptes 2030. Das Ziel ist, eine Klimaneutralität von Gebäuden zu erreichen. Wahrscheinlich ist hier im Gemeinderat eine Mehrheit, für die eine Klimaneutralität so wichtig ist, dass man teurere Wohnungen und mehr Bürokratie und juristische Unsicherheit in Kauf nimmt. Wir finden, dass die Beschlussvorlage so revolutionär ist, dass es sinnvoll wäre, eine Runde-Tisch-Konferenz mit erfahrenen Bauherren und Bauträgern abzuhalten. So wie die Schreibtischvorlage hier vorliegt, beinhaltet sie unserer Meinung nach so viele Unsicherheiten, dass es noch nicht abstimmungsreif ist. Wohnen und Bauen ist ein absolut zentraler Teil für Klimaneutralität.

Vorletzte Woche war ich in Graben-Neudorf zum Spatenstich für die Neue Mitte eingeladen. Hier entstehen 160 Wohnungen in einem CO₂-freien Stadtquartier. Herr Landrat Schnaudigel und Herr Ehlgötz von der TRK – TechnologieRegion Karlsruhe – haben mit Recht dieses Projekt als einen Leuchtturm für klimaneutrales Wohnen und Bauen genannt. Aber, der Graben-Neudorfer Gemeinderat hat einstimmig dem Projekt zugestimmt. Die Frage ist, ob es wirklich notwendig ist, jeden Bauherrn zu Klimaneutralität zu zwingen, egal, was es kostet an Geld und Aufwand.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Ich bin überrascht von den Fraktionen, die jetzt Änderungsanträge einbringen, fünf Minuten vor Beginn der Sitzung. Das wird von Ihnen immer bemängelt. Wir haben es im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit am 16.06. beraten. Wir haben es 17.06. im Planungsausschuss gehabt. Im Planungsausschuss bin ich Mitglied. Da habe ich nichts gehört von all den Dingen, die Sie heute erzählen. Von daher ist es etwas zu spät, würde ich sagen.

Ihre Schlussfolgerung aus dieser Vorlage ist politisch absolut unrichtig. Denn es ist eine Super-Vorlage, und zwar immer vor dem Hintergrund Klimaschutzkonzept. Wann wollen wir denn anfangen? Es werden Riesenkonzepte gemacht. Es wird etwas von Klimanotstand und seinen Auswirkungen in diesem Beschluss genannt. Aber wenn es dann wirklich einmal zum Schwur kommt, und wenn auch eine städtische GmbH, nämlich die Volkswohnung, das politisch mitgeht, was sicher nicht sehr einfach ist für sie, ist das für mich ein absolut positives Signal. Ich kann nur alles unterstützen und nachvollziehen, was der Kollege Zeh gesagt hat. Ich verstehe nicht, warum auf einmal diese Querschüsse von der konservativen Seite kommen. Meine Fraktion wird diesem Antrag zustimmen. Es ist der Beginn, dass wir wirklich anfangen, den Klimaschutz ernst zunehmen in dieser Stadt.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Auch wenn es Herr Cramer nicht versteht, ist es richtig, das abzulehnen. Denn wir haben sowieso schon viel zu viel Bevormundung in den Bebauungsplänen. Hier soll jetzt noch mehr Bevormundung der Bürger dazukommen. Private Häuslebauer sollen jetzt verpflichtet werden, Photovoltaikanlagen aufs Dach zu setzen. Sie sollen nach bestimmten Klimastandards bauen. Im Ausschuss wurde erklärt, das Ganze rechnet sich. Aber wie rechnet sich das? Das rechnet sich nur wegen der Zuschüsse. Aber wir führen das jetzt hier als Regel ein. Die werden dann sicher bestehen bleiben, wenn die Zuschüsse weg sind. Das heißt, dauerhaft wird es sich nicht rechnen. Wer bezahlt eigentlich diese Zuschüsse, die dazu führen, dass es sich rechnet? Die bezahlt auch der Steuerzahler. Das heißt, unterm Strich rechnet es sich nicht. Die Allgemeinheit bezahlt es. Toll, ein anderer bezahlt. Es belastet unsere Wirtschaft, was wir da an Geld ausgeben.

Wenn ein Schreckensszenario aufgemalt wird, von wegen, wir müssen jetzt unbedingt etwas tun, möchte ich daran erinnern, dass der Weltklimarat 2007 bereits gesagt hat, wir haben nur

noch 13 Jahre Zeit. Die Zeit ist eigentlich schon um. Aber hoppla, so schlimm ist es dann doch nicht gekommen. Jetzt kommen die neuen Schreckensnachrichten. Die werden bestimmt genauso schlimm wie diese Prophezeiung. Deswegen gibt es keinen Grund, die Bürger derart zu gängeln. Wir haben im Wahlkampf gesagt, wir wollen die Bebauungspläne von den Vorschriften her verschlanken. Es kann nicht sein, dass alles vorgeschrieben ist.

Ich möchte einmal darauf hinweisen, dass auch die Photovoltaik sich nur rechnet, wenn man es vergleicht mit Ökostrom, und auch nur deshalb sich rechnet, weil wir die teuersten Strompreise in ganz Europa haben. Unser Strompreis ist maximal belastet durch die EEG-Abgabe, durch das Erneuerbare-Energie-Gesetz, durch weitere Abgaben, die dazu dienen, Offshore-Anlagen, Windkraftanlagen, die noch gar nicht mit dem Netz verbunden sind, eine Rendite auszubezahlen. Damit ist unser Strom belastet. Mehr als die Hälfte von dem, was wir für den Strom bezahlen, sind solche Abgaben und Steuern. Nur deswegen rechnet sich eine Photovoltaikanlage. Das heißt, unterm Strich, gesamtwirtschaftlich gesehen, rechnet sie sich nicht. Sie wollen jetzt jeden Bürger, der hier ein Haus bauen will, dazu zwingen, Dinge zu tun, die sich einfach nicht rechnen. Das ist eine Bevormundung. Sie ist sinnlos. Wir sind dagegen.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Wir sind sehr überzeugt davon, dass es verbindliche Regeln braucht, um die sogenannten Häuslebauer zu animieren, höhere energetische Standards einzuhalten. Da habe ich noch eine Frage an Sie, Herr Høyem. Glauben Sie wirklich, jemand baut für mehrere tausend Euro eine Solaranlage aufs Dach und betreibt sie dann nicht, nur weil es keine Betreuungspflicht gibt? Das finde ich etwas fragwürdig, zumindest unter der Argumentation des freien Marktes. Aber das nur nebenbei.

Für uns ist eine ganz wichtige und zentrale Frage bei dieser Vorlage, dass wir die Kosten solidarisch verteilen, das heißt, diejenigen, die mehr tragen können, sollen mehr tragen. Das machen wir quasi über Steuern. Deswegen ist es für uns ganz wichtig, dass wir die Auswirkung auf Soziales beziehungsweise den preiswerten Wohnraum mitbeachten. Da verweise ich gerne auf unseren Antrag, den wir im Klimaschutzkonzept eingebracht haben. Wir folgen unserem Antrag und machen hier einen Änderungsantrag dran. In der Vorlage wird zwar vorgerechnet, dass die Mehrkosten durch höhere energetische Standards mehrheitlich aufgefangen werden durch die Zuschüsse. Allerdings handelt es sich hierbei um Mittelwerte. Bei einer so großen Spreizung ist es für uns notwendig, dass auch der Einzelfall betrachtet wird. Deswegen haben wir den Änderungsantrag gestellt, mit dem wir sicherstellen wollen, dass es im preiswerten Wohnungsbau zu keinen Mietsteigerungen für die späteren Mieter*innen kommt. Wir sprechen hier von einem ganz besonders schützenswerten Bereich. Denn Mieter*innen sind stärker als alle anderen auf genau dieses Wohnungsangebot angewiesen. Wir alle wissen, wie dringend wir dieses benötigen. Die sind auch viel stärker von Mietsteigerungen betroffen. Deswegen wollen wir eine Prüfung des Einzelfalls, um dort, wo Nachteile für die späteren Mieter*innen entstehen, diese zu kompensieren. Wir sind felsenfest davon überzeugt, dass preiswerter Wohnungsbau und Klimaschutz vereinbar sind. Aber man muss sie konsequent zusammendenken und dann die Kosten solidarisch verteilen.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Meine erste Reaktion auf diese Vorlage damals im Ausschuss war die: Jetzt bin ich gespannt, was für eine Auswirkung das auf das Wohnen hat. Denn die Frage ist für uns immer, wie können wir kostengünstigen Wohnraum schaffen. In der Vorlage wird uns aber deutlich gemacht, dass KfW 40 nicht bedeutet, dass es exorbitant teurer wird. Das finde ich ein wichtiges Argument, dass wir tatsächlich günstiges Bauen möglich machen können

in diesem Standard. Wir können nicht von vornherein sagen, es wird so teuer, dass wir es uns nicht mehr leisten können, sondern es ist bezahlbar. Es ist nicht so exorbitant teurer. Wenn man ein Haus über die Lebensfrequenz hinaus betrachtet, ist es sogar günstiger, so zu bauen. Es bedeutet auch für die Mieter - wenn man etwas mietet, hat man eine erste Miete und hat eine zweite Miete -, die erste Miete wird teurer sein. Das stimmt. Aber die zweite Miete wird deutlich billiger werden. Über die Dauer brauchen wir weniger Strom, weniger Heizung, all diese Dinge. Deswegen wird es in der Summe nicht merklich teurer sein. Diese Qualität müssen wir uns bewahren. Deswegen würde ich nicht „nice to have“ sagen, machen wir es vielleicht oder auch nicht, sondern wir sollten das wirklich festschreiben und klare Kante zeigen und es konsequent durchziehen.

Zu Photovoltaik möchte ich noch sagen, es ist genauso über die Lebensdauer einer Photovoltaikanlage, die man auf 30 Jahre schätzt, sehr rentabel, das gerade für den Selbstverbrauch zu installieren. Deswegen wäre es geradezu töricht, wenn man baut, keine aufs Dach zu machen. Es hat sehr viele Vorteile, deshalb ist es finanziell, monetär sehr empfehlenswert. Wir werden gerne zustimmen. Beim Vorschlag mit der Volkswohnung ist klar, wir können das der Volkswohnung nicht vorschreiben. Das muss der Aufsichtsrat machen. Aber der Aufsichtsrat wird uns gerne folgen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Dass das klar wird, Herr Oberbürgermeister. Es geht uns um Fakten, nicht um Ideologiesäuselei. Man kann sich alles Mögliche einreden. Wir wollen einfach mit konkreten Rechnungen die Bauherinnen und Bauherren überzeugen. Das fehlt mir an dieser Vorlage. An dieser Vorlage ist auch nicht ganz seriös, wie unterstellt wird, wie andere Institutionen in dieser Stadt schon entschieden haben sollen. Lasst uns darüber dann zu gegebener Zeit beraten. Das ist nicht notwendig. Das haben wir nicht nötig.

Weil der Kollege Zeh vorhin der CDU Angst ins Stammbuch geschrieben hat: Wir haben nie Zweifel daran gehabt, dass die Klimawende hier in der Stadt Niederschlag finden muss. Da sind wir auch in Grenzen bereit, wirtschaftliche Mittel in die Hand zu nehmen. Aber nicht um alles in der Welt. Wir haben immer den Finanzierungsvorbehalt deutlich gemacht. Das sollten Sie nicht vergessen. Bevor wir jetzt hier großzügig Freigaben erteilen, erlauben Sie uns, dass wir die Hand heben. Das geht einfach nicht. Wir wissen nicht, wohin die Reise geht. Das muss man uns einfach abnehmen.

Stadtrat Dr. Cremer (GRÜNE): Ich möchte noch einmal auf dieses Thema Mehrkosten zurückkommen. Meine Damen und Herren von der CDU, Sie vergessen, dass wir sehr deutliche Veränderungen haben. Das Bundesimmissionshandelsgesetz wird die Kosten der Nutzung von fossilen Brennstoffen sehr bald sehr deutlich erhöhen. Deswegen wird sich die gesamte Wirtschaftlichkeitsrechnung des Wohnens auch deutlich verändern. Das haben Sie nicht im Blick.

Das Andere ist, ich habe Ihnen auch sehr deutlich gesagt, wir haben nicht mehr die Zeit, x Prüfschleifen zu gehen. Wir haben ein Ziel, vorgegeben für uns alle durch die Bundesregierung, Klimaneutralität zu erreichen. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen hat uns noch einmal sehr deutlich gemacht, wie schnell wir es erreichen müssten, wenn wir tatsächlich zukünftigen Generationen nicht einen kaputten Planeten hinterlassen wollen. Deswegen ist es schlicht unverantwortlich von Ihrer Seite zu sagen, wir müssen prüfen, wir müssen testen und es könnte vielleicht teurer sein. Es wird das neue Normal werden. Deswegen sollten wir uns sofort daran machen, es zu schaffen.

Stadtrat Høyem (FDP): Liebe Kollegin Göttel und lieber Kollege von der LINKE.-Fraktion. Ich hoffe nicht, dass ich Euch jetzt ein Problem mache. Aber ich wollte Sie gerne loben. Es ist nicht gut für Ihre Familien und Umkreis, dass die FDP Sie lobt. Aber ich kann mich nicht zurückhalten. Sie haben einen Mut, den die GRÜNE niemals haben werden. In Ihrem sehr guten Antrag, der zu kompliziert ist, schreiben Sie, ich zitiere und ich hoffe, dass die Presse das richtig mitbekommt, die Medien, die Öffentlichkeit. Sie schreiben: Berechtigter Klimaschutz soll nicht gegen soziale Zielstellungen und insbesondere den Bau preiswerter Wohnungen ausgespielt werden. – Bravo. Lob, liebe LINKE. Sie haben Mut. So einen Mut haben die GRÜNEN nicht.

Dann, Frau Göttel, nein, ich denke nicht, dass Leute, die eine Zwangsphotovoltaikanlage auf dem Dach haben, das nicht benutzen. So blöd bin ich nicht. Aber der Unterschied zu Ihnen – dann ist das Lob vorbei – ist, für Sie und die LINKE. ist „Zwang“ ein wunderbares Wort. Für uns ist „Freiheit“ ein liebes Wort.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Was gar nicht besprochen wurde, die Maßnahme erfordert zusätzliche Stellen im Wert von fast einer halben Millionen Euro jedes Jahr. Wieso bekommen wir diesen Antrag jetzt hier? Der gehört eigentlich in die Haushaltsberatungen. Das heißt, zusätzlich zu dem, was es die privaten Hauslebauer kostet und alle anderen, die davon betroffen sind, müssen wir zukünftig – das ist nur das, was hier drin steht – mindestens eine knappe halbe Million Euro zusätzlich als Steuerzahler dieser Stadt für Menschen ausgeben, die in der Verwaltung all dies prüfen, dass es umgesetzt wird. Das heißt, diese Stellen müssen erst noch geschaffen werden. So einen Antrag bekommen wir jetzt in der Corona-Krise, wo wir lauter Probleme haben wirtschaftlich. Mit Stellen für eine halbe Million Euro, die es noch gar nicht gibt. Ich verstehe es nicht.

Der Vorsitzende: Wir sind damit am Ende der Debatte und gehen in die Abarbeitung der Anträge. Nach unserer Einschätzung ist der FDP-Antrag der weitestgehende, weil er aus einer Verpflichtung eine Animation macht. Insofern rufe ich den jetzt als ersten Änderungsantrag auf und bitte um Ihr entsprechendes Votum. – Das sind 31 Ablehnungen, das ist die Mehrheit. Da ich davon ausgehe, dass wir immer noch 47 sind, haben 16 dafür gestimmt.

Als nächstes rufe ich den Ergänzungsantrag der LINKE. auf. Wir haben Ihnen in der Antwort dargestellt, dass wir ihn für ein Stück weit erledigt betrachten. Aber wenn Sie ihn zur Abstimmung stellen, dann würden wir ihn jetzt abstimmen. Ich bitte um Ihr Kartenzeichen. – Ich sehe drei Zustimmungen, ansonsten Ablehnung, damit mit 44 zu 3 Stimmen abgelehnt.

Dann kommen wir zum Antrag der CDU-Fraktion. Einiges hat einen gewissen Prüfcharakter, könnte man als Anfrage begreifen. Wenn Sie es zur Abstimmung stellen, verweise ich auf unsere Stellungnahme. Dann kommen wir zur Abstimmung. – Dann sind wir bei 28 Ablehnungen, 3 Enthaltungen und bei 16 Zustimmungen.

Dann kommen wir zur Beschlussvorlage der Verwaltung. Da bitte ich jetzt auch um das Kartenzeichen. – Es sind 31 Zustimmungen bei 16 Ablehnungen. Das entspricht wieder dem, was wir eben in verschiedenen anderen Abstimmungen auch hatten. Damit ist die Beschlussvorlage unverändert angenommen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
28. Juli 2020